HEUTE VOR 10 JAHREN.
LEIPZIGER MENSCHENRECHTSGRUPPEN 1989
Der Ostblock bröckelt und die Opposition wächst - Blatt 6: 4. September 1999

In Dresden wird am **9. Juli** eine Veranstaltung „Trommeln für China" in der Kreuzkirche gegen die Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung durch ein großes Aufgebot von Sicherheitskräften blockiert. 11 Personen erhalten Ordnungsstrafen über insgesamt 13 000 Mark. Einem Teilnehmer, der eine Eingabe gegen seine Ordnungsstrafe in Höhe von 500 Mark verfaßte, wird die Ordnungsstrafe auf 1000 Mark erhöht. Während der 12. Beratung von Vertretern ostdeutscher Bürgerrechtsgruppen im „Sonnabendskreis" am **15. Juli** in Leipzig werden der statt-Kirchentag und die Demonstration ausgewertet. Aus den einzelnen Städten wird über sich häufende Ordnungsstrafen und vorläufige Festnahmen infolge der zunehmenden Proteste berichtet. Frank Richter, Sprecher der „Arbeitsgruppe Menschenrechte" Leipzig, schlägt daraufhin die Organisation weiterer Trainingscamps für den gewaltlosen Widerstand - entsprechend dem bereits am 6. Mai 1989 in Leipzig durchgeführten - vor. Außerdem findet eine Strategiedebatte über die Arbeit der Gruppen statt. Vertreter des Arbeitskreises Gerechtigkeit plädieren für die Nichtteilnahme eines Teiles der Aktivisten an den von ihnen selbst initiierten kleinen Aktionen und Demonstrationen, da dies nur zu einem Verschleiß der eigenen Kräfte durch ständige Zuführungen und Ordnungsstrafen führe, „wenn aber 2 000 auf die Straße gehen, muß man sich anschließen". Betreffend des Eingreifens der Sicherheitskräfte gegen das Dresdner „Protesttrommeln" wird beschlossen, vorerst keine ostdeutschlandweite Solidaritätsaktion zu initiieren. In Leipzig beraten am **17. Juli** Michael Arnold und Ernst Demele von der „Initiativgruppe Leben" mit Rainer Müller und Thomas Rudolph vom „Arbeitskreis Gerechtigkeit" sowie weiteren Personen die Gründung einer „Demokratischen Initiative (DI)" in Ostdeutschland. Michael Arnold kündigt an, dazu Personen aus ganz Ostdeutschland für den 23./24. September nach Leipzig einzuladen. Zum III. Internationalen Jugendtreffen in Barcelona vom **24. bis 31. Juli** hatten dessen Organisatoren Oppositionelle eingeladen. Doch trotz internationaler Fürsprecher verweigerte die DDR-Führung Till Böttcher von der „Umweltbibliothek Berlin", Peter Grimm von der „Initiative Frieden und Menschenrechte" Berlin sowie Bernd Oehler und Thomas Rudolph vom „Arbeitskreis Gerechtigkeit" Leipzig eine Reise zu dem Jugendtreffen.

Ab **1. August** treten Reiseerleichterungen für Westdeutsche bei Reisen in die DDR in Kraft. Am 2. August treffen Sprecher und Sprecherinnen des „Arbeitskreises Gerechtigkeit" und der „Arbeitsgruppe Menschenrechte" sowie Mitglieder der „Initiative Demokratische Erneuerung - IDeE" (Dresden) mit der ungarischen Oppositionsgruppe FIDESZ in Leipzig zusammen. Sie beraten über die symbolische Schleifung der Berliner Mauer während eines europäischen Aktionstages am 13. August in Budapest und über die Teilnahme der DDR-Opposition.

Nach einer Fürbittandacht am **6. August** gegen den geplanten Bau eines Reinstsiliziumwerkes in Dresden-Gittersee, an der ca. 1 500 Personen teilnehmen, werden 23 Personen brutal zugeführt. Sie erhalten Ordnungsstrafen zwischen 500 und 1 000 Mark sowie Strafbefehle zwischen 2 000 und 3 000 Mark. Ein Protestschreiben der Betroffenen gegen diese Willkürmaßnahmen wird mit der Verhängung einer erneuten Ordnungsstrafe über 500 Mark beantwortet. Am 2. September wenden sich die Betroffenen mit einem Schreiben an die Landessynode der sächsischen Landeskirche mit der Bitte, sich mit ihnen gemeinsam für die Zurücknahme der Ordnungsstrafen einzusetzen sowie dafür,

„ daß nicht wieder auf diese Art und Weise auf unser Recht auf Mitsprache und Mitbestimmung reagiert wird."

Am **8. August** wird die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ostberlin geschlossen, damit sich nicht noch mehr Ausreiseantragsteller in ihr versammeln können. In ihr halten sich bereits 117 Personen auf. Kanzleramtsminister Rudolf Seiters appelliert deshalb von Bonn aus am **9. August** an ausreisewillige Ostdeutsche, nicht in die diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik zu flüchten. Am gleichen Tag schreibt Wolfgang Templin von der „Initiative Frieden und Menschenrechte" in der Westberliner „tageszeitung" zur Fluchtsituation an der ungarisch-österreichischen Grenze unter dem Titel **>>Es gibt keine andere Lösung<<**:

„...Wenn eine Reiseregelung ohne klare Rechtsgrundlage die andere jagt, wenn die Genehmigungspraxis genauso undurchschaubar und willkürlich ist wie die Verweigerungspraxis, wenn die Möchtegern-Reformer von gestern sich in ihr Gegenteil verwandeln, wenn die Panzermassaker in China auf der offenen Bühne des DDR-Parlaments gefeiert werden, schlägt der Frust für viele um in blanke Angst. Eine Angst, die lähmen kann, zum Widerstand wird oder in die Flucht treibt - über jede noch offene Grenze. Alles, was jetzt zwischen Bonn, Budapest und Ost-Berlin hin- und herverhandelt wird, kann die einzig wirkliche Lösung des Problems nicht ersetzen: Freizügigkeit für alle DDR-Bürger, Recht auf Reisen, auf Rückkehr und auch auf Verlassen des Landes. Die Frage ist nur, wer dieses Recht erkämpfen soll."

Johannes Fischer, Sprecher der „Arbeitsgruppe Menschenrechte" Leipzig, sowie Susanne Müller vom „Arbeitskreis Abgrenzung und Öffnung" nehmen am **13. August** als Vertreter des „Sonnabendskreises" an der symbolischen Schleifung der Mauer auf einer Kundgebung der ungarischen Opposition in Budapest teil. Sie berichten darüber:

„In der Innenstadt und auf dem Campingplatz hatten Anschläge an Mauern in ungarischer und deutscher Sprache schon auf die geplante Demonstration hingewiesen: unter der Schlagzeile >Die Mauer steht noch hundert Jahre. Erich Honecker< rief man zum Protest gegen die Berliner Mauer auf. Veranstalter war die ungarische „Autonomia", ... eine Gruppierung innerhalb des ... FIDESZ. ... Vor Beginn der Veranstaltung wurde ein offener Brief des ungarischen Helsinkikomitees und des Flüchtlingskomitees [= Zuflucht-Komitees] an den ungarischen Ministerpräsidenten verteilt. Darin äußerten sich die Unterzeichner beunruhigt über die Tatsache, >>daß sich die Organe des ungarischen Innenministeriums ... in einer Weise

mit den in Ungarn Zuflucht suchenden Menschen befassen, die weder der europäischen Rechtsordnung noch dem Geist des Humanismus entspricht<<. Hunderte von Flüchtlingen würden in das Land ihrer Herkunft zurückgeschickt, dieses Verfahren wurde als moralisch untragbar bezeichnet. Die Praktiken von Grenzwache, Fremdenpolizei und Innenministerium wurden z.T. als fragwürdig bezeichnet. ... Die Demonstration begann. Aus großen rot-weiß bemalten Papptafeln, die man sich umgehängt hatte, bildete man nun eine Menschenkette - so entstand „die Mauer". Davor patrouillierte ein „Soldat" mit „Gewehr" auf und ab. „We don't need no thought control" stand auf einem an einer Hauswand auf dem Platz angebrachten Transparent. Dies war die Kulisse, vor der verschiedene Parteien und Gruppenvertreter, u.a. aus Polen, Großbritannien, Ungarn und der DDR eine Meinung oder einen Aufruf zum Thema äußerten. ... Ein Vertreter der Leipziger Arbeitsgruppe Menschenrechte, Johannes Fischer, überbrachte Grüße von Leipziger Menschenrechtsgruppen und bedankte sich bei den ungarischen Menschenrechtsgruppen für die Möglichkeit dieser Demonstration. Er hob bedauernd hervor, daß der Ort der Veranstaltung ja eigentlich falsch gewählt sei, daß diese Art Protest aber leider zur Zeit in der DDR nur eingeschränkt möglich ist. Besonders wichtig sei es, daß in einer Zeit der militärischen Abrüstung gleichzeitig eine ideologische erfolgen muß, um die Mauer als Symbol der Abgrenzung zu überwinden.
Im Anschluß an die vorgetragenen Erklärungen wurde „die Mauer" in tausend kleine Stücke zerrissen, das „Gewehr" flog in die Menge, der „Soldat" verschwand. Der „eiserne Vorhang" war zerstört. Einer der Organisatoren bedankte sich in hervorragendem Deutsch vor allem bei den DDR-Bürgern, die an der Demonstration teilgenommen hatten. >>Wir versichern Euch unsere Solidarität, aber letztendlich könnt Ihr Eure Herrschenden nur im eigenen Land bekämpfen<<. ..."

Am gleichen Tag wird die Botschaft der Bundesrepublik in Budapest geschlossen. In ihr halten sich 181 Ostdeutsche auf. Dr. Hans-Jürgen Fischbeck äußert auf einer Veranstaltung in Ostberlin aus Anlaß des Mauerbaues, daß '*die Stagnation durch die Bildung einer oppositionellen Sammlungsbewegung*' überwunden werden muß.

Am **14. August** tritt nach einiger Zeit der Abwesenheit Staats- und Parteichef Erich Honecker wieder öffentlich auf und sagt: „*Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.*" Während seiner anschließenden erneuten krankheitsbedingten Abwesenheit wird er im SED-Politbüro von Günter Mittag vertreten.

In der Parteizeitung der sowjetischen Kommunistischen Partei (KPdSU) „Prawda" gesteht Politbüromitglied Alexander Jakowlew am **18. August** öffentlich die Existenz des Geheimen Zusatzprotokolls zum Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 über die Aufteilung Polens zwischen der Sowjetunion und Deutschland sowie die Zuordnung der Völkerbund-Mitgliedsstaaten Estland, Lettland und Litauen zum sowjetischen Einflußbereich ein. Die damaligen Vereinbarungen, sagt Alexander Jakowlew, sollten „einmütig verurteilt" werden. Damit rückt die KPdSU von ihrer bisherigen offiziellen Lesart ab. Am **19. August** durchbrechen während einer ungarisch-österreichischen Veranstaltung „Pan-Europäisches Picknick" bei Sopron 661 Ostdeutsche die ungarische Grenze und fliehen nach Österreich. Am gleichen Tag treffen in Leipzig Vertreter ostdeutscher Bürgerrechtsgruppen im Sonnabendskreis zu ihrer 13. monatlichen Beratung zusammen. Am Jahrestag des Einmarsches des Warschauer Paktes in die CSSR, dem **21. August**, lösen Sicherheitskräfte in Prag eine Protestkundgebung mehrerer tausend Personen auf, während Polen und Ungarn den Einmarsch von 1968 verurteilen. Der Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Ostmitteleuropa des Arbeitskreises Gerechtigkeit und Sprecher der Arbeitsgruppe Menschenrechte, Frank Richter, schreibt dazu:

„In einem Brief an die Staaten des Warschauer Vertrages, die sich an der Niederschlagung der Reformbewegung 1968 in der CSSR beteiligten, forderten der damalige Generalsekretär der KPC, Alexander Dubcek, und der ehemalige Ministerpräsident, O. Cernik, diese auf, sich von der damaligen Verhaltensweise zu distanzieren. Obwohl der für Ideologie zuständige Sekretär des Zentralkomitees der KPC, Fojtik, die Reformen von 1968 erstmals mit der Politik der Perestroika verglich, wurde die Intervention der Warschauer Pakt-Truppen in der CSSR und in der DDR nachdrücklich gerechtfertigt.
Revisionistisch und faschistisch nannte Rumänien die Reformer von 1968, was um so mehr verwundert, da sich Rumänien nicht an dem Einmarsch beteiligte. Der polnische Senat dagegen erklärte in einer Resolution: „... Die Intervention war eine Verletzung der unveräußerlichen Rechte jeder Nation auf Selbstbestimmung und ihres natürlichen Rechtes, nach Demokratie, Freiheit und Achtung der Menschenrechte zu streben." Der Senat wünschte allen Kräften in der CSSR, die sich für Demokratie einsetzen, viel Erfolg. Als „grundsätzlich falsch" verurteilte der stellvertretende Leiter der ZK-Abteilung für internationale Beziehungen der USAP, Imre Szökai, den Einmarsch vor 21 Jahren. Er betonte, es sei „damals nicht Ungarn gewesen", das die Entscheidung gefällt habe. Für den 21. August riefen 5 Bürgerrechtsgruppen der CSSR, darunter die Charta 77, zu Schweigeminuten und Schweigemärschen auf. Bereits am 19. 8. 1989 beteiligten sich 200 BürgerInnen an einem Marsch ohne Transparente. Zu einer Demonstration am 21. 8. versammelten sich wieder Tausende auf dem Prager Wenzelsplatz. Nach offiziellen Angaben wurden 370 Personen, darunter 50 Ausländer, festgenommen. Bis auf die beiden Ungarn Thomas Deutsch und Gyorgy Kureny wurden alle, laut CTK, wieder freigelassen. Sie hatten sich auf der Demonstration für die Teilnahme Ungarns an dem Einmarsch mit den Worten „Die Bolschewisten kamen mit Panzern, wir kommen mit Blumen" entschuldigt. Für die Freilassung demonstrierten in den folgenden Tagen mehrere hundert Mitglieder der oppositionellen Jugendbewegung FIDESZ, der die beiden angehören, vor der Prager Botschaft in Budapest"

Am **22. August** wird die Botschaft der Bundesrepublik in Prag geschlossen. In ihr halten sich 140 Ostdeutsche auf. In Leipzig übernimmt für den erkrankten 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Horst Schumann, dessen Stellvertreter, Helmut Hackenberg, die Amtsgeschäfte. Dr. Roland Wötzel übernimmt Teile der Aufgaben Helmut Hackenbergs.

Tadeusz Mazowiecki vom Bürgerkomitee Solidarnosc wird am **24. August** neuer polnischer Ministerpräsident. In Budapest verlassen 108 ausreisewillige Ostdeutsche die Botschaft der Bundesrepublik und reisen mit Papieren des „Internationalen Komitees des Roten Kreuzes" nach Österreich aus. Die Ausreise der Ostdeutschen wird als „*einmaliger humanitärer Akt*" bezeichnet. Am **25. August** versendet Kathrin Walther, Sprecherin des „Arbeitskreises Gerechtigkeit", per Eilbrief mit Rückschein eine von Rainer Müller und Thomas Rudolph verfaßte Mitteilung der

staats- und kirchenunabhängigen „Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte in der DDR" über die Inhaftierung von Werner Horn und Steffen Weigel an Bürgerrechtsgruppen in Ostdeutschland. Ihre Inhaftierung war bereits am 7. August erfolgt. Sie hatten versucht, für den 28. Jahrestag des Mauerbaues eine Demonstration in Leipzig beim örtlichen Volkspolizeikreisamt anzumelden. Sie werden am 16. September aus der Haft entlassen:

„Am 7. August 1989 wurden in Leipzig der Klempner Werner Horn und der als Buchhändler tätige Steffen Weigel, beide Jahrgang 1967, durch Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit festgenommen. Beide befinden sich seither in der Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit ... Leipzig. Sie hatten eine Woche vor ihrer Festnahme einen schriftlichen Antrag auf Genehmigung eines Gedenkmarsches aus Anlaß des 28. Jahrestages des Mauerbaues durch die Leipziger Innenstadt mit anschließendem symbolischen Mauerbau auf dem Markt an das Volkspolizeikreisamt Leipzig gestellt. In diesem Antrag, der nun wohl zum Beweismittel der Staatsanwaltschaft geworden ist, wiesen sie auf die gesellschaftliche Notwendigkeit einer Öffnung der Staatsgrenze der DDR nach 28 Jahren hin. Gegen beide läuft ein Ermittlungsverfahren nach § 220 des StGB (öffentliche Herabwürdigung). Weigel und Horn sind Wehrdienstverweigerer und haben einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR und Übersiedelung gestellt. ..."

Während eines Menschenrechtsseminares in Ostberlin am **26./ 27. August** aus Anlaß des 200. Jahrestages der französischen Revolution wird intern ein Aufruf zur Gründung einer „Initiativgruppe zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei" in Ostdeutschland von Martin Gutzeit, Arndt Noack, Markus Meckel und Ibrahim M. Böhme bekannt gegeben. Im Anschluß daran findet eine Beratung von Mitgliedern der „Initiative Frieden und Menschenrechte", der „Arbeitsgruppe Menschenrechte" und des „Arbeitskreises Gerechtigkeit" zur ostdeutschlandweiten Verbreitung des Aufrufes statt. Rainer Müller, Sprecher des Arbeitskreises Gerechtigkeit, wird am **27. August** die Ausreise aus der DDR zu einem Treffen mit tschechoslowakischen Oppositionsgruppen untersagt. Ebenfalls am 27. August beginnen in Leipzig die Theologiestudentin Katrin Hattenhauer sowie ihre Kommilitonen Jens Koch und Mike Dietel in der Thomaskirche eine Fastenaktion für gesellschaftliche Erneuerung und brechen sie am nächsten Tag wieder ab. In ihrer Erklärung zum Grund der Aktion heißt es:

„...[Es] drängt sich der Vergleich einer Leibeigenschaft auf. ... Wir sind verplant in Strukturen, die uns bedrängen, vereinzeln und ohnmächtig machen. Sie äußern sich im Aufdiktieren von Meinungen und Handlungsweisen, im Ausgeliefertsein an eine bis ins Detail vom Staat kontrollierte gesellschaftliche Öffentlichkeit sowie im Absolutismus einer privilegierten Minderheit ... Es macht Schaudern ... Schaudern darum, weil diese exclusive Minderheit ein Deutungs- und Interpretationsmonopol für sich in Anspruch nimmt. ... LASST UNS DER STADT BESTES SUCHEN."

Im Leipziger Gewandhaus findet am **28. August** eine Diskussionsveranstaltung über Straßenmusik statt. Die Sprecher des Arbeitskreises Gerechtigkeit Rainer Müller und Thomas Rudolph berichten darüber:

„Zum leidigen Thema „Leipziger Straßenmusikanten einst und jetzt" hatte Gewandhauskapellmeister Prof. Dr. h.c. Kurt Masur alle Interessierten sowie zuständigen Staatsvertreter ... ins Foyer des Leipziger Gewandhauses eingeladen. Entgegen der bisherigen Verfahrensweise gegen Straßenmusiker in Leipzig erklärte dort Dr. Wolfgang Tittel von der Kulturabteilung des Rates des Bezirkes Leipzig, daß in „kürzester Zeit positive Veränderungen zu erwarten seien" ... Er versprach, in nächster Zeit lasse man „Toleranz walten". Leider spürte wenige Tage später ein Mädchenchor nichts mehr von diesen Versprechen. Sie erfreuten in der Mädlerpassage die abendlichen Gäste mit ihrer Musik. Daraufhin erschien eine Polizeistreife und veranlaßte die 8 Mädchen, ihre Sachen zu packen und zu gehen. Nachdem es bereits Ordnungsstrafverfügungen in einer Gesamthöhe von mindestens 8 000,- Mark aus Anlaß des ersten Leipziger Straßenmusikfestivals am 10. Juni gegeben hatte, teilte die Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte jetzt mit, daß gegen Silke Krasulsky (50,- Mark), Uwe Schwabe (500,- Mark) und den Musiker Jochen Läßig (2 mal 1000,- Mark) aus Anlaß weiterer Straßenmusikdarbietungen erneut Ordnungsstrafen verhängt wurden. Wie die Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte weiter mitteilt, bittet sie alle von derartigen Maßnahmen Betroffenen, sich zu melden. Insbesondere gelte das für jene, die, ohne die an den Rechtsausschuß der Volkskammer und die örtliche SED-Leitung gerichteten Beschwerden abzuwarten, bereits [die Ordnungsstrafen] *zahlten."*

Nach einem Treffen mit dem ostdeutschen Außenminister Oskar Fischer erklärt der ungarische Außenminister, Gyula Horn am **31. August** in Radio Budapest zu den Bemühungen eine Regelung für die ausreisewilligen Ostdeutschen in Ungarn zu finden, daß seine Regierung:

„nur an einer solchen Regelung teilzunehmen bereit ist, die im Einklang mit den Verpflichtungen seines Landes hinsichtlich der internationalen Menschenrechte und seiner humanitären politischen Praxis steht."

Am **2. September** veröffentlicht die „Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte" eine von Rainer Müller und Thomas Rudolph verfaßte Mitteilung über die Verurteilung Jens-Uwe Dreschers und Kai Kuhlmanns. Sie hatten zu einer Protestdemonstration am Völkerschlachtdenkmal am Tag der Kommunalwahl in Leipzig aufgerufen:

„Am Morgen des 2. Mai 1989 hatten zwischen 4. 00 und 6. 00 Uhr Jens-Uwe Drescher ... und Kai Kuhlmann ... im Leipziger Stadtzentrum etwa 50 Plakate angebracht, auf denen sie an die Bürger der Stadt Leipzig appellierten, „noch einmal über den persönlichen Gang zur Wahlurne nachzudenken". Gleichzeitig wiesen sie hin auf politische und wirtschaftliche Fehlentwicklungen und forderten von der DDR-Regierung eine Politik der gesellschaftlichen Umgestaltung. Mittels der Plakate riefen sie zu einer Kundgebung zum persönlichen Wahlverhalten der Bürger über die zur Wahl stehende Politik der DDR- Staats- und Parteiführung am 7. Mai 1989, um 14.00, am Leipziger Völkerschlachtdenkmal auf. Deshalb wurden Jens-Uwe Drescher und Kai Kuhlmann am 2. Mai 1989, gegen 7.00 Uhr, festgenommen, bei beiden erfolgten noch am selben Tage Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen. Ab dem 2. Mai 1989 befanden sie sich in der Untersuchungshaftanstalt der Bezirksverwaltung Leipzig des Ministeriums für Staatssicherheit. Um dagegen zu protestieren, trat Kai dort für etwa zwei Wochen in einen Hungerstreik. Daraufhin mußte er für mehrere Tage zur medizinischen Behandlung nach Berlin

überführt werden. Am 7. August 1989 fand gegen beide der Prozeß vor dem Kreisgericht Leipzig, Stadtbezirk Süd, statt. Bereits vor Prozeßbeginn wurde dem Teil der Öffentlichkeit, der nicht zur nächsten Verwandtschaft der Angeklagten gehörte, der Zutritt zum Verhandlungsraum verwehrt. Wenige Minuten nach Prozeßbeginn wurde durch gerichtlichen Beschluß auch den Angehörigen ihr Ausschluß von der Verhandlung mitgeteilt. Auch die Verkündung der Urteilssprüche erfolgte nicht öffentlich. Wegen des Aufrufes zum Boykott der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 wurden aufgrund des § 214, Abs. 1 und 3 des StGB (Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit) Jens-Uwe Drescher zu 10 Monaten und Kai Kuhlmann zu 18 Monaten Freiheitsentzug verurteilt. (Jens-Uwe Drescher, gelernter Facharbeiter für Anlagentechnik, er arbeitete in seinem Beruf als Anlagenfahrer im VEB Vereinigte Holzveredelungs-Werke Leipzig, Straße der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft 40, Wiederitzsch, und stellte in den ersten Tagen seiner U-Haft einen Antrag auf Ausreise aus der DDR. Kai Kuhlmann, gelernter Koch, zuletzt Arbeiter im VEB Gerüstbau Leipzig, Zschortauer Straße 100, Leipzig 7021, stellte bereits am 10. Februar 1988 seinen ersten Ausreiseantrag, der jedoch in der Folgezeit immer wieder abgelehnt wurde.) Beide wurden von Rechtsanwalt Winkler aus Leipzig in Nachvollmacht von Rechtsanwalt Prof. Dr. Vogel, Berlin, verteidigt. Ankläger war Bezirksstaatsanwalt Lehmann."

Die Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen stellt in einem Schreiben an Erich Honecker vom **2. September**, welches sie am 4. September - entgegen ihrer üblichen Praxis - in einem Brief den Gemeinden mitteilt, fest:

„Beunruhigt und betroffen sieht die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, daß die Zahl derer, die einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR stellen, nicht abnimmt, daß Bürger auf dem Weg über die ungarisch-österreichische Grenze die DDR verlassen ... Die Konferenz ... sieht eine wesentliche Ursache für Reiseanträge darin, daß von den Bürgern erwartete und längst überfällige Veränderungen in der Gesellschaft verweigert werden. Sie hält es für unabdingbar und dringlich, in unserem Land einen Prozeß in Gang zu setzen, der die mündige Beteiligung der Bürger an der Gestaltung unseres gesellschaftlichen Lebens und eine produktive Diskussion der anstehenden Aufgaben in der Öffentlichkeit sichert und Vertrauen zur Arbeit der staatlichen Organe ermöglicht. ..."

In Dresden findet, wie an jedem 1. Sonntag im Monat, am **3. September** der Fürbitt-Gottesdienst gegen den Bau eines Reinstsiliziumwerkes statt. Kathrin Walther, Sprecherin des Arbeitskreises Gerechtigkeit, berichtet darüber:

„... Viele der über 1 000 Menschen, die ... nach Dresden-Gittersee gekommen waren, dachten sicher noch mit Grauen an die Ereignisse nach der letzten Andacht. ... Von staatlicher Seite wurde der Kirchenleitung diesmal im Voraus gesagt, daß die staatlichen Sicherheitskräfte nur eingreifen werden, wenn es zu einer öffentlich wirksamen Aktion außerhalb der Kirche kommen sollte. In den Beiträgen der autonomen Gruppe Wolfspelz, die diese Bittandacht gestaltete, kamen Angst und Betroffenheit zum Ausdruck, Angst vor dem kriegsähnlichen Vorgehen der Technik gegen die Natur, Betroffenheit über die scheinbare Unmöglichkeit, diese Zerstörung aufzuhalten. Aber auch Stärke und Hoffnung waren deutlich zu spüren: „Wir müssen mit unserem Protest, unserem Widerstand über diese Kirche, aus den eigenen vier Wänden hinausgehen. Jeder Dresdner muß durch uns von der Gefahr erfahren ... Wir haben ein Recht auf Mitsprache, Mitbestimmung, erst recht, wenn es um unsere Gesundheit, unser Leben geht...". Starker Regen und intensive Bitten von „Wolfspelz" und der Kirchenleitung trugen sicher in gleichem Maße dazu bei, daß an diesem Tag niemand den Weg zum Reinstsiliziumwerk einschlug. So endete diese Andacht ohne Schläge, Zuführungen und Ordnungsstrafen."

Nach dem Friedensgebet am **4. September** entrollen Katrin Hattenhauer, Gesine Oltmanns und andere auf dem Nikolaikirchhof Transparente („Für ein offenes Land mit freien Menschen", „Versammlungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit", „Reisefreiheit statt Massenflucht"), die ihnen zivile Sicherheitskräfte sofort entreißen. Danach kommt es zur traditionellen Messedemonstration von 600 Personen. In Sprechchören skandieren zum Teil unterschiedliche Personengruppen „Freiheit, Freiheit", „Stasi raus", „Wir bleiben hier", „Wir wollen raus", „Freie fahrt bis Gießen" und „Wir wolln in die Bundesrepublik". Ein Teil der Demonstranten zieht in Richtung Hauptbahnhof. In Abwesenheit westlicher Kameras gehen Sicherheitskräfte gegen diesen Teil der Demonstranten teilweise mit brutaler Gewalt vor, um ihre Zerstreuung zu erreichen. In einem Erlebnisbericht heißt es dazu:

„...Dann sind wir raus und da hörten wir „Stasi raus" und wir sahen, daß die ersten Plakate entrissen wurden. In der Zeit haben wir unser Plakat angebracht. Einige Zeit später kam die Stasi und versuchte das Plakat abzureißen. Da sind A... und ich, M..., hin und haben unser Plakat verteidigt. Wir wurden dann mit Füßen getreten und bis in die Ritterstraße geschleift, weil wir das Plakat nicht losgelassen haben. Vielleicht 50 Meter vor dem VP-Revier wurden wir dann in Ruhe gelassen ... Gegen 19.30 sind uns auf dem Bahnhof ... Stasileute hinterher und haben unseren Personalausweis verlangt ... Dann wurden ... unsere Personalien aufgeschrieben. Dann hat die eine Frau gefragt, was nun mit uns geschieht und da hat einer [von denen] gesagt, das können wir uns doch denken. Dann sind sie wieder verschwunden." In einem weiteren Bericht heißt es:

„... und auf Fußwegen standen Staatssicherheitsleute, von denen einer einen jungen Mann mit einem 3 bis 4 Jahre alten Kind zu Boden gestoßen hat, sodaß das Kind laut anfing zu schreien. Der Stasi-Mann sagte dann noch höhnig „die Flasche kann ja nicht mal auf seinen Beinen stehen" ..." Und selbst auf dem Nachhauseweg wurden Demonstranten noch drangsaliert: *„... Als wir mit der Straßenbahn 27 nach Hause fahren wollten, kamen mir zwei Stasileute hinterhergerannt und drehten mir die Arme nach hinten. Ein Dritter kam dazugerannt und versuchte, mir die Luft abzudrücken, indem er mich mit seinem Arm an meinem Hals würgte ... meine Frau und Herr H. ... versuchten mich zu befreien, was aber erst möglich war, als ein dritter Mann dazukam und spontan sagte, sie sind wohl von der Staatssicherheit? Lassen sie den Mann in Ruhe. Erst danach ließen sie mich plötzlich los und rannten weg."*

Am Abend versammeln sich in Leipzig 500 Menschen in der Reformierten Kirche, um einem Vortrag Friedrich Schorlemmers über die Wittenberger „Thesen zur gesellschaftlichen Erneuerung" zuzuhören.